

Kirchliche Flüchtlingsarbeit im Sprengel Hamburg



Aktuelles

PRESSEMITTEILUNG

11. November 2004

Zur Ablehnung der Einrichtung einer unabhängigen
Härtefallkommission durch die Hamburgische Bürgerschaft

Statt humanitäre Lösungsansätze des zukünftigen Gesetzes zu nutzen wird weiter auf dem Rücken der Betroffenen Politik gemacht

Der gestrige, mit den Stimmen der CDU-Mehrheit gefasste Beschluss der Bürgerschaft, in Hamburg keine unabhängige Härtefallkommission nach dem Zuwanderungsgesetz einzurichten, wird von der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Flüchtlingsarbeit in Hamburg und der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche scharf kritisiert.

„Ein schwarzer Tag für die Flüchtlinge in unserer Stadt.“ bedauert Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche (NEK). *„Die CDU lässt die Chance, im Einzelfall zu mitmenschlichen Entscheidungen zu kommen, ohne Not ungenutzt.“*

Durch das Zuwanderungsgesetz haben die Bundesländer ab 1.1.2005 die Möglichkeit, Härtefallkommissionen einzurichten. Diese können der obersten Landesbehörde im Einzelfall die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis abseits des Gesetzes empfehlen. Strittig ist vor allem die Zusammensetzung der Kommission. Die CDU-Fraktion lehnte eine gemischte Kommission aus Behördenmitarbeitern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen ab. Statt dessen soll nun ein dreiköpfiger Unterausschuss des Petitionsausschusses über Härtefälle entscheiden.

„Kurzfristig,“ nennt Dethloff die Weigerung der CDU, auch Nichtparlamentarier in die Härtefallkommission aufzunehmen. *„Dabei geht es nicht um Klientelpolitik sondern um die Einbeziehung von*

Sachverstand in die Kommission. Wenn diejenigen, die über Beschwerden über die Ausländerbehörde beraten, nur von der Behörde informiert werden und die Regierungsmehrheit dazu noch ein Vetorecht besitzt, wird die Kommission zum Feigenblatt für die Abschiebungspolitik der Behörde. Für die Betrachtung des Einzelfalls und die unvoreingenommene Beurteilung von Ermessensspielräumen bleibt da kaum Raum.“

Überrascht zeigt sich **Dethloff** über die Weigerung der CDU, die Zusammensetzung der Kommission zumindest im Innenausschuss zu diskutieren:

„In zahllosen Diskussionen mit Mitgliedern des Eingabenausschusses, gerade auch von der CDU, wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der jeweilige Einzelfall schrecklich sei, das Gesetz aber leider keinen Handlungsspielraum gewähre. Nun gibt es diesen Spielraum und es wird deutlich, dass die CDU offenbar Angst hat vor einer ergebnisoffenen Diskussion. Nach dieser Entscheidung ist jedenfalls klar, dass Hamburg seinen zweifelhaften bundesweiten Ruf als Stadt mit der rücksichtslosesten Abschiebungspraxis noch einige Zeit behalten wird – leider.“

Für Rückfragen auch: flucht•punkt, Tel: 432 500 80

[zurück nach oben](#)

Ham burg asyl